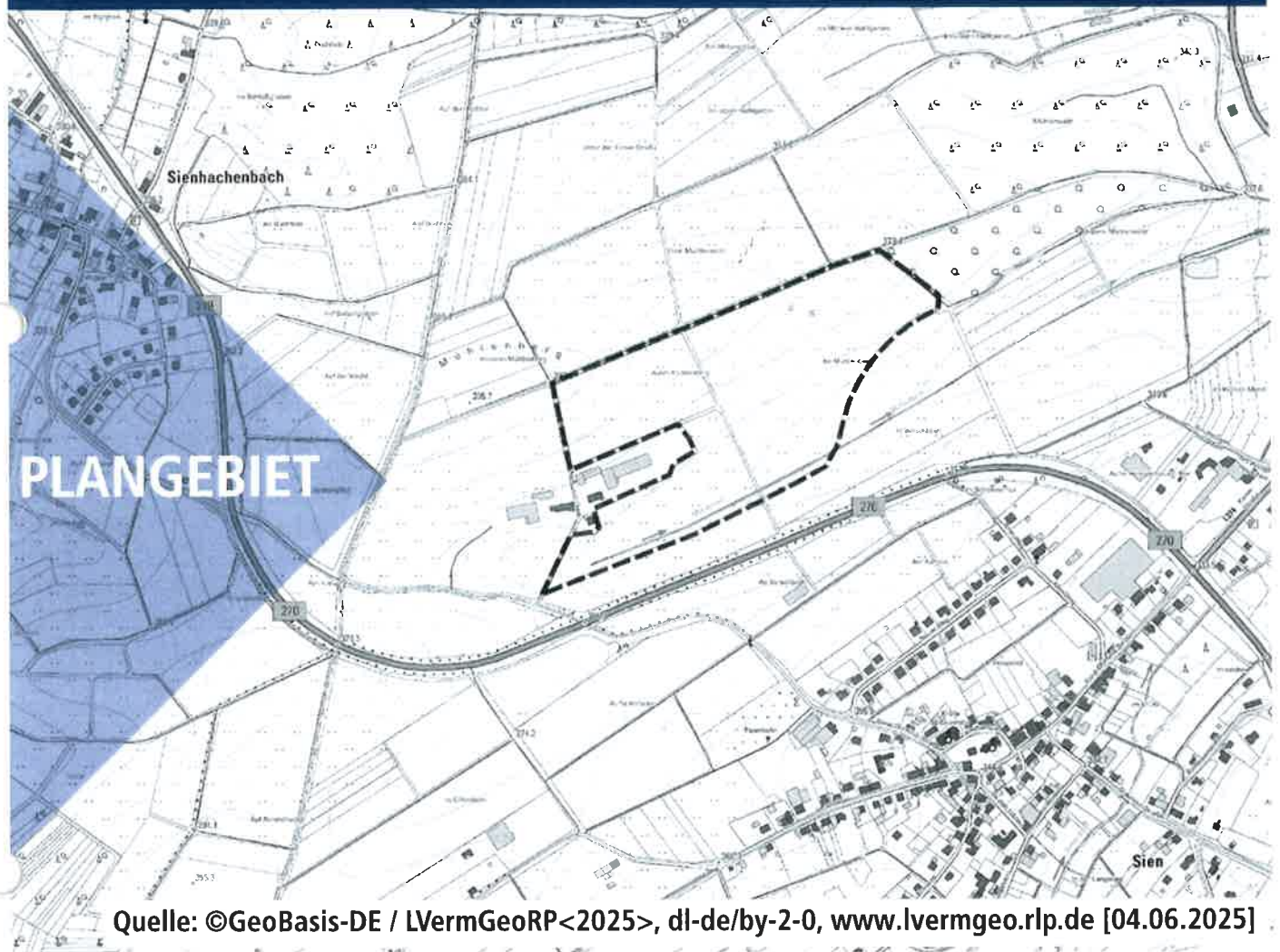


Teil B: Textteil Solarpark Auf'm Mühlenberg (Teil 2)

Bebauungsplan in der Ortsgemeinde Sien,
Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen



Quelle: ©GeoBasis-DE / LVerGeoRP<2025>, dl-de/by-2-0, www.lvermgeo.rlp.de [04.06.2025]

Bearbeitet im Auftrag der
Ortsgemeinde Sien
Im Winkel 9
55758 Sien

Gesellschaft für Städtebau und
Kommunikation mbH

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kernplan.de

Stand der Planung: 03.03.2026

GENEHMIGUNG

Als Teil B der Satzung ausgefertigt
Sien, den 30.04.2026


Der Ortsbürgermeister



Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End

KERN
PLAN

Gesellschaft für Städtebau
und Kommunikation mbH

1. Art der baulichen Nutzung	Siehe Plan.	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 BauNVO
1.1. Sonstige Sondergebiete „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1-3 (SO_{AGRI-PV} 1-3)	<p>Gebiete für die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage nach den Anforderungen der entsprechenden DIN.</p> <p>zulässig sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage) mit einer Aufständering mit lichter Höhe oder mit einer bodennahen Aufständering, - Alle zum Betrieb der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage erforderlichen Anlagen, Bauteile, Zufahrten, Zuleitungen, Zuwegungen, Zäune, Wechselrichter, Transformatoren, Überwachungskameras, - Anlagen zur Speicherung von elektrischer Energie (Batterie-Speicher), - Alle zur Entwässerung des Plangebietes notwendigen Infrastrukturen (z.B. Entwässerungsrinnen, -becken und -mulden) samt Zubehör, - Landwirtschaftliche Nutzung unter und zwischen den Solarmodulen. 	§ 11 BauNVO
1.2 Sonstiges Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO_{PV})	<p>Gebiet für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage.</p> <p>zulässig sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik-Anlage), - Alle zum Betrieb der Photovoltaik-Anlage erforderlichen Anlagen, Bauteile, Zufahrten, Zuleitungen, Zuwegungen, Zäune, Wechselrichter, Speicher, Transformatoren, Ersatzteilcontainer, Überwachungskameras, - Anlagen zur Speicherung von elektrischer Energie (Batterie-Speicher), - Alle zur Entwässerung des Plangebietes notwendigen Infrastrukturen (z.B. Entwässerungsrinnen, -becken und -mulden) samt Zubehör. 	§ 11 BauNVO
2. Bedingte Zulässigkeiten	<p>Innerhalb des Geltungsbereiches ist eine Bebauung erst nach Abschluss der bodendenkmalpflegerischen Sachverhaltsermittlungen und Freigabe durch die GDKE - Landesarchäologie Trier zulässig.</p> <p>Innerhalb der Sonstigen Sondergebiete SO_{Agri-PV} 1–3 ist die Errichtung/Inbetriebnahme der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage erst zulässig, wenn ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept gemäß DIN SPEC 91434 (jeweils gültige Fassung) für den gesamten Agri-PV-Teilbereich vorliegt.</p>	§ 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB
3. Maß der baulichen Nutzung	Siehe Plan.	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16-21a BauNVO
3.1 Höhe baulicher Anlagen	<p>Siehe Plan.</p> <p>Die Photovoltaikmodule dürfen in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1-3 (SO_{AGRI-PV} 1-3) maximal 5 m über das heutige Gelände hinausragen. Die Photovoltaikmodule dürfen im Sonstigen Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO_{PV}) maximal 3,5 m über das heutige Gelände hinausragen. Zäune sind bis zu einer Höhe von 3,0 m zulässig. Alle sonstigen Anlagen und Nebenanlagen (z.B. Trafogebäude) dürfen eine Höhe von 3,5 m nicht überschreiten. Anlagen für den Blitzschutz und Kameramasten zur Überwachung des Geländes dürfen eine Höhe von max. 8,0 m aufweisen. Unterer Bezugspunkt ist die natürliche Geländeoberkante. Die natürliche Geländeoberkante wird in der Planzeichnung durch Höhenlinien dargestellt (Laserdaten Rheinland-Pfalz, Quelle: ©GeoBasis-DE / LVermGeoRP<2025>, dl-de/by-2-0, www.lvermgeo.rlp.de [Daten bearbeitet] Stand: 03.06.2025). Zwischenwerte sind zu interpolieren.</p>	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO

3.2 Grundflächenzahl und maximal versiegelbare Grundfläche	<p>Siehe Plan.</p> <p>Die Grundflächenzahl (GRZ) wird für die Modulfläche als projizierte überbaubare Fläche im Sonstigen Sondergebiet „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1 (SO_{AGRI-PV} 1) auf 0,6, in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 2-3 (SO_{AGRI-PV} 2-3) auf 0,7 und im Sonstigen Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO_{PV}) auf 0,8 festgesetzt.</p> <p>Die maximal versiegelbare Grundfläche (tatsächliche Bodenversiegelung durch Rampaufbauten der Untergestelle, Wechselrichter, Transformatoren, Batteriespeicher, Übergabestation, Zaunpfosten u.ä.) darf in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1-2 (SO_{AGRI-PV} 1-2) maximal 500 qm und im Sonstigen Sondergebiet „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 3 (SO_{AGRI-PV} 3) maximal 2.500 qm sowie im Sonstigen Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO_{PV}) maximal 2.000 qm betragen.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO</p>
4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	<p>Siehe Plan.</p> <p>Die überbaubare Grundstücksflächen werden im Plan mittels Baugrenzen festgesetzt. Die PV-Modultische, Wechselrichter, Transformatoren, Speicher-Anlagen, Wechselrichter, Zäune und sonstigen zum Betrieb der Anlagen erforderlichen Nebenanlagen sind innerhalb der im Plan definierten Baugrenzen zu errichten.</p> <p>Des Weiteren dürfen innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen gem. § 23 Abs. 5 Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO errichtet werden, insbesondere zur Entwässerung des Plangebietes notwendige Entwässerungsbecken, -gräben und -mulden samt Zubehör, sowie Zuwegungen, Zuleitungen und Kameramasten.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO</p>
5. Flächen, die von der Bebauung freizuhalten bzw. nur eingeschränkt bebaubar sind, hier: Schutzstreifen Mühlenbach / 20-kV-Freileitung OIE AG	<p>Siehe Plan.</p> <p>Gem. § 31 LWG bedürfen die Errichtung, der Betrieb und wesentliche Veränderung von Anlagen im Sinne des § 36 WHG, die weniger als 10 m von der Uferlinie eines Gewässers dritter Ordnung (Mühlenbach) entfernt sind, oder von denen Einwirkungen auf das Gewässer und seine Benutzung sowie Veränderungen der Bodenoberfläche ausgehen können, der Genehmigung der unteren Wasserbehörde. Die wasserrechtlichen Ge- und Verbote (v. a. § 36 WHG i. V. m. § 31 LWG) sowie die Bewirtschaftungsziele für Gewässer sind zu beachten. Zu genehmigungspflichtigen Anlagen gehören auch Veränderungen der Bodenoberfläche.</p> <p>Der 10 m breite Schutzstreifen beidseits der Uferlinie des Mühlenbaches ist von jeglicher Bebauung freizuhalten.</p> <p>Die deckungsgleich mit dem Schutzstreifen, beidseits, entlang der 20-kV-Freileitung liegenden Flächen sind von jeglicher Bebauung freizuhalten und mit Leitungsrechten zugunsten der OIE AG zu belasten.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB</p>
6. Oberirdische Versorgungsleitung, hier: 20-kV-Freileitung OIE AG	<p>Siehe Plan.</p> <p>Der Verlauf der 20-kV-Freileitung der OIE AG wird gem. ihrer Lage als oberirdische Versorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB</p>
7. Wasserfläche, hier: Mühlenbach	<p>Siehe Plan.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB</p>
8. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	<p>V 1: Brutvogelschutz</p> <p>Zielart(en): Schwarzkehlchen und Bachstelze, ggf. Braunkehlchen</p> <p>Vor Beginn der Bauarbeiten ist das Baufeld durch eine fachkundige Person auf ein Vorkommen der Zielarten zu überprüfen. Im Fall eines Brutnachweises (in Saumbereichen und im Zaununterwuchs zu erwarten), sind die Bauarbeiten innerhalb einer gem. Gassner et al. (2010) planerisch zu berücksichtigenden artspezifischen Fluchtdistanz (Schwarz-/Braunkehlchen mind. 40m, Bachstelze mind. 10m) für die Dauer der Brut einzustellen.</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB</p>

<p>8.1.</p>	<p>V 2: Gehölzschutz Zielart(en): europäische Vogelarten, (Fledermäuse) Die aus der Belegungsfläche ausgesparten randlichen Baumhecke, Gebüsche und Solitärbäume sind während der Bauarbeiten vor Schäden zu schützen. Falls erforderlich sind gem. Entscheidung der ÖBB (V 3) geeignete Baumschutzmaßnahmen (Bauzaun, Rückschnitt, ggfs. Stammschutz) auszuführen. Die DIN 18 920, R SBB 2023 (Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen und ZTV-Baumpflege (insb. Pkt. 3.5) der FLL sind zu beachten.</p> <p>V 3: Ökologische Baubegleitung Zielart(en): europäische Vogelarten Eine ökologische Baubegleitung ist durchzuführen, deren Aufgabe vor allem die Überwachung der Maßnahme V 1 und der boden- und gewässerschutzkonformen Ausführung beinhaltet.</p> <p>V 4: Durchlässigkeit des Zaunes für Kleinsäuger Relevante Schutzgüter: Fauna und Flora Die geplante Sicherheitszaun ist mit einer Bodenfreiheit von 0,20 m anzulegen, damit er für Mittel- und Kleinsäuger passierbar bleibt.</p> <p>V 5: Bodenarbeiten Relevante Schutzgüter: Boden, Grundwasser, Kultur- und sonstige Sachgüter Gem. §§ 1a Abs. 2 BauGB und § 7 BBodSchG ist auf einen sparsamen, schonenden und fachgerechten Umgang mit Boden zu achten. Die Bodenarbeiten sind nach den einschlägigen Vorschriften der DIN 18915 („Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten“) durchzuführen. Die Anforderungen der DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“, sowie der DIN 19731 „Verwertung von Bodenmaterial“ sind zu beachten. Zu Vermeidung von Bodenverdichtungen ist ein Befahren des bachnahen Bereiches zu vermeiden. Zur Vermeidung von Schadstoffeinträgen in das Grundwasser sind die einschlägigen Schutzmaßnahmen gemäß dem Stand der Technik umzusetzen. Betankungen und die Lagerung von Kraftstoffen, Hydraulik- und Mineralölen sind nur auf befestigten und gegenüber dem Untergrund abgedichteten Flächen in dafür zugelassenen Behältnissen erlaubt. Auf der Baustelle sind Ölbindemittel min ausreichender Menge vorzuhalten. Betonfahrzeuge und -maschinen sind nur auf eigens für diesen Zweck eingerichteten Anlagen und Flächen zu reinigen. Betonreste und -abfälle dürfen nicht im Baufeld abgelagert oder zwischengelagert werden, sondern sind umgehend ordnungsgemäß zu entsorgen.</p> <p>V 6: Minimierung der Wirkungen auf das Landschaftsbild Relevante Schutzgüter: Landschaftsbild, Mensch Zur besseren Einbindung in das Landschaftsbild wird die Zaunanlage in gedeckten grünen Farbtönen gehalten.</p> <p>M 1: Grünlandeinsaat und extensive Bewirtschaftung des Sondergebietes SOAgri-PV 1 Relevante Schutzgüter: Boden, Flora, Fauna Innerhalb des Sonstigen Sondergebietes SO_{AGRI-PV 1} ist die Zielnutzung auf den Rotmilan und dessen weitere Nahrungsraumnutzbarkeit abzustellen und daher ein Reihenabstand von mindestens 6 m ab Modultischkante einzuhalten. Zudem sind innerhalb des Sonstigen Sondergebietes SO_{AGRI-PV 1} untergrasreiche magere Mähwiesen oder dauerhaft kurzrasige Mähweiden zu entwickeln. Die Gassen zwischen den Modultischen sind nach Abschluss der Bauarbeiten aufzugrubbern und mit zertifiziertem Regiosaatgut (Produktionsraum 6: südwestdeutsches Berg- und Hügelland mit Oberrheingraben gem. VWW-Zertifizierung) einzusäen. Das Saatgut ist oberflächlich aufzubringen und anzuwalzen. Empfohlen wird eine Ansaatdichte von 2-4 g/m². Alternativ ist der Auftrag von Heumulch oder Heudrusch aus mageren Spenderflächen im Umfeld (Mindestqualifizierung FFH-LRT 6510 C, nach Möglichkeit besser) möglich.</p>	
--------------------	--	--

8.2.	<p>Die Fläche ist zweimal jährlich zu mähen, erster Mahdtermin frühestens ab dem 15. Juni. In Ausnahmefällen kann unter Berücksichtigung der artenschutzrelevanten Bedingungen der Mahdzeitpunkt angepasst werden. Es ist eine Mahd nach Aufwuchs zu etablieren, um alle relevanten Bedingungen abzudecken. Bei der Mahd ist ein Mindestabstand von 15 cm zwischen Boden und Mähwerk einzuhalten. Die Flächen sollten nicht gemulcht werden. Der Randbereich entlang des Sicherheitszaunes ist jährlich alternierend (jeweils in 2 Abschnitten) zu mähen, um so Altgrasbereiche zur Förderung von Insekten und Kleinsäugern zu erhalten.</p> <p>Alternativ zur Mahd ist auch eine extensive Beweidung zulässig, sofern es sich um eine am Aufwuchs bemessene Nachbeweidung im Zeitraum vom 1. August bis 31. Oktober oder Wanderschäferi (Hütehaltung) handelt, unter den Maßgaben, dass keine Zufütterung erfolgt und Ruhepausen von mindestens 6 Wochen zwischen den Weidegängen bei einer Rotationskoppelweide oder Wanderschäferi eingehalten werden. Die Beweidung darf erst im 2. Jahr nach der Einsaat beginnen. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.</p> <p>M 2: Grünlandeinsaat und extensive Bewirtschaftung der übrigen Sondergebiete Relevante Schutzgüter: Boden, Flora, Fauna Auch die übrigen Agri-PV-Sondergebiete SO_{AGRI-PV} 2 und SO_{AGRI-PV} 3 sind weiterhin als Grünland (Mahd und/oder Beweidung) gem. den unter M 1 genannten Bedingungen zu bewirtschaften.</p> <p>Da im Bereich des SO_{PV} aufgrund der engeren Fahrgassen eine konventionelle Bewirtschaftung mit landwirtschaftlichem Gerät und Mahdgutgewinnung nur eingeschränkt möglich ist (je nach Gassenbreite sind Kompakttraktoren, ggfs. mit Auslegemäher erforderlich) und eine Mahdguträumung unter den Modultischen sehr aufwendig ist, ist hier eine Mulchmahd oder eine Mahd mit Belassen des Schnittgutes grundsätzlich zulässig. Im Fall einer Mulchmahd sind Geräte ohne Stützwalze und mit einstellbarer Arbeitshöhe > 10 cm zu verwenden. In den breiteren Randbereichen sollte ein Räumchnitt mit Austrag des Mahdgutes durchgeführt werden.</p> <p>Analog zu M1 sind auch die übrigen Sondergebiete nach Abschluss der Bauarbeiten initial mit zertifiziertem Regiosaatgut einzusäen oder mit Heumulch/Heudrusch gem. den Vorgaben aus M1 zu impfen.</p> <p>M 3: Entwicklung eines Gewässersaumes Relevante Schutzgüter: Boden, Wasser, Flora, Fauna Der Gewässerrand bzw. der durch einen Weidezaun markierte Gewässerverlauf ist in einem Abstand von beiderseits 10m aus der regelmäßigen Mahd auszunehmen, so dass sich ein krautiger Saum entwickeln kann. Die Entwicklung erfolgt autogen ausgehend von den rudimentär bereits vorhandenen (allerdings stark zertretenen) Binsen- und Staudenfragmenten im unteren Abschnitt. Der Saum ist beiderseits alternierend in Abständen von jeweils 3 Jahren zu mähen, um ein Aufkommen von Gehölzen (Beschattung) zu unterbinden. Die Pfosten der Weidezäune sind zu erhalten. Sie stellen traditionelle und bevorzugte Sitz- und Jagdwarten für Wiesenvögel, v.a. Schwarz- und Braunkehlchen dar. Zudem sind zahlreiche Pfosten von solitären Wildbienen besiedelt und bieten darüber hinaus Baumaterial für die Nester sozialer Faltenwespen.</p>	
9. Rückbauverpflichtung und Folgenutzung	Die festgesetzten Nutzungen sind nur so lange zulässig, wie die Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Photovoltaik-Anlage betrieben wird. Nach Betriebsende ist diese innerhalb von einem Jahr einschließlich aller Nebeneinrichtungen und Fundamente zurückzubauen. Ein Repowering der Anlage gilt nicht als Betriebsende und bleibt von der Rückbauverpflichtung unberührt. Als Folgenutzung wird Landwirtschaft vorgesehen.	§ 9 Abs. 2 BauGB
10. Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches	Siehe Plan. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Solarpark Auf'm Mühlenberg (Teil 2)“ ist in der Planzeichnung festgesetzt.	§ 9 Abs. 7 BauGB

11. Festsetzungen aufgrund landesrechtlicher Vorschriften	<p>Die Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Photovoltaik-Anlage ist einzuzäunen. Zäune sind bis zu einer Höhe von 2,5 m zzgl. Übersteigenschutz zulässig. Auf Sockelmauern ist aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich zu verzichten.</p>	<p>§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 88 LBauO</p>
12. Nachrichtliche Übernahmen	<p>Schutzabstand Gewässer (§ 31 LWG) Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Veränderung von Anlagen im Sinne des § 36 WHG,</p> <ul style="list-style-type: none"> • die weniger als 10 m von der Uferlinie eines Gewässers dritter Ordnung entfernt sind, oder • von denen Einwirkungen auf das Gewässer und seine Benutzung sowie Veränderungen der Bodenoberfläche ausgehen können, bedarf der Genehmigung. <p>Denkmalschutz In der Fundstellenkartierung der Direktion Landesarchäologie sind im südlich gelegenen Umfeld des Geltungsbereiches mehrere Fundstellen verzeichnet. Bei den Fundstellen Sien 9 und 11 (GDKE interne Bezeichnung) wurden römische Siedlungs- und Grabbefunde festgestellt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Fundstellen bis in den Geltungsbereich erstrecken. Die Landesarchäologie Trier ordnet die Geltungsfläche deshalb als archäologische Verdachtsfläche ein.</p>	<p>§ 9 Abs. 6 BauGB</p>
13. Hinweise	<p>Artenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen. <p>Bodenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der bei Bauarbeiten anfallende Oberboden (Mutterboden) ist schonend zu behandeln und einer sinnvollen Folgenutzung zuzuführen. Auf § 202 BauGB „Schutz des Mutterbodens“ wird verwiesen. • Nach den geologischen Informationen des Landesamtes für Geologie und Bergbau stehen im Bereich des Planungsgeländes voraussichtlich oberflächennah Sedimentgesteine des Rotliegend an. Diese setzen sich hier vorwiegend aus einer Wechselfolge von Ton-, Schluff- und Sandsteinen zusammen. Weiter können bereichsweise vulkanische Einschaltungen vorkommen. Insbesondere die Ton- und Schluffsteine sind für ihre Rutschungs- und Wasserempfindlichkeit bekannt. • Im Zuge der baulichen Eingriffe sollte auf die genannten Gegebenheiten geachtet werden. • Es wird hierzu eine gutachterliche Begleitung empfohlen. • Es wird darauf hingewiesen, dass nach den Vorgaben des Geologiedatengesetzes alle geologischen Untersuchungen und Bohrungen dem LGB als Staatlicher Geologischer Dienst rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen und die Ergebnisse nach ihrem Abschluss zu übermitteln sind. Hierfür hat das LGB ein eigenes Anzeige-Portal (https://geoldg.lgb-rlp.de/) eingerichtet, das zu nutzen ist. • Das LGB empfiehlt die Aufnahme einer Nebenbestimmung in den Bescheid, damit diese Übermittlungspflicht dem Antragsteller bzw. seinen Beauftragten (z.B. Ingenieurbüro, Bohrfirma) obliegt. • Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. • Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen. • Es wird auf die Ausführungen zum Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie hingewiesen: https://www.labo-deutschland.de/documents/LABO-Arbeitshilfe_FFA_Photovoltaik_und_Solarthermie.pdf. 	

Brandschutz

- Auf Grund der Nähe angrenzender landwirtschaftlicher Flächen und dem damit möglichem Brandüberschlag sowie im Zuge eines Erstangriffs der Feuerwehr, sind für die Löschwasserversorgung 25 m³/h über 2 Std. vorzuhalten.
- Als Einrichtungen für die unabhängige Löschwasserversorgung kommen in Frage:
 - Trinkwassernetz (Unterflurhydranten DIN 3221 Teil 1 oder Überflurhydranten DIN 3222 Teil 1),
 - Löschwasserteiche (DIN 14210),
 - Löschwasserbrunnen (DIN 14220) oder
 - unterirdische Löschwasserbehälter (DIN 14230).
- Die notwendigen Verkehrsflächen (Erschließungsstraßen) im und zum Plangebiet müssen den Anforderungen an Feuerwehrezufahrten nach der „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ – in der aktuellen Fassung – entsprechen.
- Es ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 (Textteil u. a. mit Ansprechpartner im Gefahrenfall, Übersichtsplan mit Kennzeichnung der Feuerwehr-Zufahrt, der Wechselrichter, Schaltstellen [Freischaltelemente, Feuerweherschalter] und Trafostationen usw.) zu erstellen.
- Da die stromführenden Leitungen überwiegend erdverlegt sind, geht von ihnen nur eine geringe Gefahr der Brandweiterleitung aus.
- Die örtliche Feuerwehr wird nach Inbetriebnahme der PVA in die Örtlichkeiten und die Anlagentechnik eingewiesen.

Denkmalschutz

- Es gilt allgemein die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde gem. § 16 - 19 DSchG Rheinland-Pfalz.
- Zu beachten: Schreiben der Direktion Landesdenkmalpflege vom 13.11.2025 zu Kleindenkmälern und Grenzzeichen.
- Um zu prüfen in welchem Umfang archäologische Kulturdenkmäler gemäß § 3 DSchG von der Planung betroffen sind, ist eine initiale archäologische Sachverhaltsermittlung erforderlich (im Vorgriff jeglicher Erschließungs- oder Baumaßnahme).
- Dies sollte in Form einer geophysikalischen Prospektion (Magnetik) gemäß den entsprechenden archäologischen Vorgaben erfolgen. In den Ergebnissen dieser zerstörungsfreien Magnetometer-Messungen zeichnen sich archäologische Befunde in der Regel deutlich ab. Die Ergebnisse der Magnetometer-Prospektion und ggf. evaluierender Baggersondagen dienen als Grundlage für die Bewertung der tatsächlichen archäologischen Betroffenheit sowie für die Beurteilung des weiteren Vorgehens, die ggf. zur Ausgrabung des Bereichs oder zur Feststellung der Erhaltungswürdigkeit gem. §§ 5, 8 und 22 DSchG RLP führen kann.
- Da nach § 21 (3) DSchG der Veranlasser von archäologischen Untersuchungen für die Erstattung von Kosten herangezogen werden kann, sind die Prospektionen von dem Bauherren bzw. Veranlasser zu finanzieren und von einem nachweislich befähigten Dienstleister durchzuführen. Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier ist bei der inhaltlichen und zeitlichen Planung der Prospektionsmaßnahmen zu beteiligen. Bei der Vergabe der Prospektionsarbeiten ist die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier dann nachrichtlich zu beteiligen.
- Die ausführende Fachfirma benötigt für die Prospektion eine projektspezifische Nachforschungsgenehmigung gemäß § 21 (1) DSchG. Die Anfrage der Fachfirmen erfolgt direkt an die untere Denkmalschutzbehörde der Kreisverwaltung, die die Genehmigung ausstellt.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustimmung der Direktion Landesarchäologie Trier vorbehaltlich der Durchführung der hier erwähnten Maßnahmen (archäologische, geomagnetische Prospektion, ggf. Sondage) erfolgt. Davon abgesehen ist insgesamt nur ein geringer Teil der tatsächlich im Boden vorhandenen archäologischen Fundstellen/Denkmäler bekannt.

13.2.

- Eine vorbehaltliche Zustimmung der Direktion Landesarchäologie Trier ist an die Übernahme folgender Bedingungen und Auflagen gebunden:
- Bedingungen:
 - Die Zustimmung der Direktion Landesarchäologie Trier erfolgt unter dem bedingenden Vorbehalt der Durchführung einer geophysikalischen Prospektion (Magnetik).
 - Die Ergebnisse der geophysikalischen Prospektion (Magnetik) müssen ggf. noch durch archäologische Sondageschnitte evaluiert werden. Diese Prospektionen (Magnetik und evtl. Sondageschnitte) dienen als Grundlage für die Bewertung der tatsächlichen archäologischen Betroffenheit sowie für die Beurteilung des weiteren Vorgehens, die gegebenenfalls zu Ausgrabung des Bereichs oder einer archäologisch betroffenen Teilfläche, oder zur Feststellung der Erhaltungswürdigkeit gem. §§ 5, 8 und 22 Denkmalschutzgesetz (DSchG) Rheinland-Pfalz führen kann.
- Auflagen
 - Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die §§ 17 und 18 Denkmalschutzgesetz (DSchG) Rheinland-Pfalz vom 23.3.1978 (GVBl., 1978, S. 159 ff., zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20.12.2024 [GVBl. S. 4 77]), hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern.
 - Die v.g. Bedingungen entbinden Bauträger/Bauherren bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der GDKE.
 - Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist der Direktion Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit die Rettungsgrabungen, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archäologischen Forschung entsprechend durchführen können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen. Je nach Umfang der evtl. notwendigen Grabungen sind von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen erforderlich.
 - Es wird darauf hingewiesen, dass die Meldepflicht besonders für die Maßnahmen (Mutterbodenabtrag) zur Vorbereitung der Baumaßnahmen gilt.
 - Sich im Planungsgebiet befindende, aber bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (wie Grenzsteine) sind selbstverständlich zu berücksichtigen bzw. dürfen von Planierungen o.ä. nicht berührt oder von ihrem angestammten, historischen Standort entfernt werden.

Drainageleitungen

- Falls sich im Plangebiet Drainageleitungen mit Hauptsammlern befinden, müssen diese wieder bei Beschädigungen durch die Aufständigung, Erdkabelverlegung usw. ordnungsgemäß angeschlossen werden, damit auf den angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen keine Staunässe verursacht wird. Es wird empfohlen die Drainagekarten des betreffenden Wasser- und Bodenverbandes oder vorhandene Kartenunterlagen bei der Gemeinde- bzw. Verbandsgemeindeverwaltung einzusehen.

Erschließung

- Das Plangebiet wird über den von der B 270 abzweigenden Feldwirtschaftsweg (Parzelle 2 und 121, Flur 1, Gemarkung Sien) erschlossen. Der Feldwirtschaftsweg ist öffentlich gewidmet.

Geologiedatengesetz (GeoldG)

- Nach dem Geologiedatengesetz ist die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens 2 Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) anzuzeigen. Für die Anzeige sowie die spätere Übermittlung der Bohr- und Untersuchungsergebnisse steht das Online-Portal Anzeige geologischer Untersuchungen und Bohrungen Rheinland-Pfalz unter <https://geoldg.lgb-rlp.de> zur Verfügung.
- Die Übermittlungspflicht obliegt dem Antragsteller bzw. seinen Beauftragten (z. B. Ingenieurbüro, Bohrfirma).

Gewerbeaufsicht

- Durch die Lage und den Abstand der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage (SO_{Agri-PV2}) kann nicht ausgeschlossen werden, dass es in den angrenzenden schutzwürdigen Räumen zu erheblichen Belästigungen durch Lichtimmissionen kommt. An Gebäuden anschließende Außenflächen (z.B. Terrassen und Balkone) sind schutzwürdigen Räumen tagsüber zwischen 6:00 - 22:00 Uhr gleichgestellt.
- Im nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren ist durch ein Blendgutachten nachzuweisen, dass die maximal zulässigen Immissionsrichtwerte von 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden pro Kalenderjahr in den angrenzenden schutzwürdigen Räumen eingehalten werden.
- Wird im Blendgutachten eine erhebliche Belästigung durch Lichtimmissionen festgestellt, sind geeignete Maßnahmen durchzuführen, die die Einhaltung der vorgenannten Immissionsrichtwerte sicherstellen. Sind solche Maßnahmen nicht möglich, dürfen die für die Überschreitung relevanten Photovoltaikmodule nicht errichtet werden.

Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach

- Die Photovoltaikanlage sowie deren dazugehörige Nebenanlagen (Einzäunung, Transformatorengelände etc.) sind in einem Mindestabstand von 20 Metern zur B 270 - gemessen ab dem äußeren befestigten Fahrbahnrand der Bundesstraße - und somit außerhalb der Bauverbotszone der Bundesstraße B 270 zu errichten.
- Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes hat ausschließlich über die bestehende Zufahrt im Zuge der B 270 (zwischen Netzknoten (NK) 6310 006 und NK 6311 043 bei Station 0,623 links), wie in den Planunterlagen der Planungsgesellschaft Dr.Ing. Heinrich GmbH vom 20.09.2023 – „Solarpark Aufm Mühlenberg“, Anlage zum Antrag auf Sondernutzungserlaubnis gem. FStrG, Untersuchung Schleppkurven/ Untersuchung Anfahrsicht - dargestellt, zu erfolgen.
- Für die Zeit der Bauphase ist zusätzlich Folgendes zu beachten:
 - Die Zustimmung erstreckt sich ausschließlich auf die in den oben genannten Detailplanunterlagen nachgewiesenen Fahrzeugabmessungen (Sattelzug).
 - Der Zufahrtsbereich ist gemäß „Untersuchung Schleppkurven - Plan 4“ der Dr.-Ing. Heinrich GmbH während der Bauphase in der Variante B - somit mit Herstellung einer temporären bituminösen Befestigung im westlichen Bereich - zu verbreitern. Eventuell vorhandene Entwässerungseinrichtungen sind entsprechend den Erfordernissen zu verlängern bzw. zu erweitern.
 - Für die Herstellung der Sichtbeziehungen im Zufahrtsbereich kann gemäß den Vorgaben der Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL 2012) die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Zuge der Bundesstraße während der Zeit der Bauphase im Zufahrtsbereich auf 70 km/h reduziert werden, vorbehaltlich anderer Regelungen der Verkehrsbehörde. Inwieweit weitere Reduzierungen notwendig sind, hat die Verkehrsbehörde verbindlich festzulegen.
 - Details - auch zur Einrichtung weiterer Beschilderungsmaßnahmen zur Baustellenabsicherung (einschließlich verkehrsrechtlicher Beschilderungs- und Markierungsmaßnahmen im Zufahrtsbereich) - sind mit der zuständigen Verkehrsbehörde der Kreisverwaltung Birkenfeld abzustimmen; die Dienststelle Bad Kreuznach ist in das verkehrsrechtliche Anhörverfahren mit einzubeziehen. Die entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung ist auf Kosten des Vorhabenträgers bei der Verkehrsbehörde zu beantragen.
- Die erforderliche Sondernutzungserlaubnis für die Inanspruchnahme der Zufahrt im Zuge der B 270 ist rechtzeitig vor Baubeginn schriftlich (formlos) bei dem LBM Bad Kreuznach zu beantragen.
- Beginn und Ende der Baumaßnahmen (insbesondere der Aufweitungsmaßnahme im westlichen Zufahrtsbereich) sind der vor Ort zuständigen Straßenmeisterei Kirn anzuzeigen. Die Bauausführung im Bereich der Bundesstraße hat dabei in einvernehmlicher Abstimmung mit dieser zu erfolgen.
- Die Entwässerungseinrichtungen der B 270 dürfen durch die vorgesehenen Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Dem Straßengelände darf kein Oberflächenwasser aus dem Plangebiet zugeführt werden; zudem ist eine Durchfeuchtung/Durchnässung der Straße auszuschließen.

- Während der Bauarbeiten (und des späteren Betriebes/Wartungsarbeiten) des Solarparks darf der öffentliche Verkehrsraum der Bundesstraße weder eingeschränkt noch verschmutzt werden und der Straßenverkehr darf nicht behindert oder gefährdet werden, insbesondere nicht durch das Abstellen von Geräten oder das Lagern von Baumaterialien auf Straßeneigentum.
Der Vorhabenträger ist verpflichtet, Verunreinigungen der B 270, die im Zufahrtbereich durch die Benutzung verursacht werden, unverzüglich auf seine Kosten zu beseitigen.
- Bepflanzungen im Zufahrtbereich dürfen nicht sichtbehindernd oder verkehrgefährdend sein; die Sichtdreiecke sind herzustellen und auf Dauer freizuhalten.
- Im Hinblick auf die Verlegung von Kabeln und Leitungen wird darauf hingewiesen, dass es sich bei einer eventuellen Inanspruchnahme von Straßeneigentum der klassifizierten Straßen des Zuständigkeitsbereiches LBM Bad Kreuznach um eine sonstige Benutzung im Sinne des § 8 Absatz 10 FStrG bzw. § 45 Absatz 1 Landesstraßengesetz (LStrG) handelt.
Vor Beginn der Arbeiten an der Straße ist es hierfür erforderlich, dass zwischen dem Antragsteller und dem Straßenbaulastträger ein entsprechender Gestattungsvertrag abgeschlossen bzw. eine Aufbruchgenehmigung erteilt wird und darüber hinaus die technischen Details der Leitungsverlegung abgestimmt werden. Entsprechende Anträge sind an den LBM Bad Kreuznach über die Straßenmeisterei Kirn richten.
- Weiterhin ist auch die Verlegung von Kabeln und Leitungen im Bereich der Baubeschränkungszonen der klassifizierten Straßen anzuzeigen. Diese betragen 40 Meter an Bundes- und Landesstraßen und 30 Meter an Kreisstraßen, jeweils gemessen ab dem äußeren befestigten Fahrbahnrand der klassifizierten Straßen.

Nachbarschaftsgesetz Rheinland-Pfalz

- Gemäß § 42 Nachbarschaftsgesetz Rheinland-Pfalz müssen Einfriedigungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden. Einfriedigungen müssen von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden.

Starkregenvorsorge

- Gemäß den Sturzflutgefahrenkarten des Landes Rheinland-Pfalz ist das Plangebiet im Falle eines Starkregenereignisses gefährdet. Annahme für diese Aussage ist ein außergewöhnliches Starkregenereignis mit einer Regendauer von einer Stunde (SRI 7). In Rheinland-Pfalz entspricht dies einer Regenmenge von ca. 40 – 47 mm (bzw. l/m²) in einer Stunde. Im Falle eines solchen Ereignisses werden für Teile des Plangebietes Wassertiefen zwischen 5 und < 100 cm mit einer Fließgeschwindigkeit zwischen 0,2 und < 2,0 m/s (kleinräumig ≥ 2,0 m/s) erreicht. Die maximalen Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten stellen sich insbesondere entlang des Mühlenbachs ein. Höhere Wassertiefen sowie eine Ausdehnung der Überflutungsflächen sind bei intensiveren Starkniederschlägen möglich. Die Sturzflutgefahrenkarte sowie detaillierte Erläuterungen zu den darin enthaltenen Informationen (Wassertiefen, Fließgeschwindigkeiten und Fließrichtungen) können Sie unter folgendem Link abrufen: <https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/>
- Die Gefährdungen durch Starkregen sollten in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Die Errichtung der Photovoltaikanlagen und den dazugehörigen Bauwerken sollte in einer an mögliche Überflutungen angepassten Bauweise erfolgen und darf sich nicht negativ auf die Abflusskonzentration bei Starkregen auswirken. Abflussrinnen (insbesondere im Bereich des Mühlenbachs) sollten von Bebauung freigehalten werden und geeignete Maßnahmen (wie z.B. Notwasserwege) ergriffen werden, sodass ein möglichst schadloser Abfluss des Wassers durch die Bebauung gewährleistet werden kann. Gemäß § 5 Abs. 2 WHG ist jede Person im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen.

13.5.

Telekom Deutschland GmbH

- Neben dem Plangebiet im Weg verlaufen Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH. Die Anlagen liegen ca. 80 cm tief.
- Es muss sichergestellt werden, dass der ungehinderte Betrieb, Unterhaltung, Änderung und Errichtung der Telekommunikationslinien gewährleistet wird.
- Der Mindestabstand von Erdungsanlagen der Freiflächen-Photovoltaikanlage zu den Telekommunikationslinien darf 10 m nicht unterschreiten.
- Bei Stromleitungen und Energieanlagen (Trafo-/ Umspannstation usw.) dürfen zu den Telekommunikationslinien 15 m nicht unterschritten werden.
- Der Abstand der Starkstrom-/ Hochspannungskabel darf bei Kreuzungen (90 Grad) 0,3 m nicht unterschreiten. Bei Kreuzungen muss die Telekommunikationslinie oben liegen.
- Bei Unterschreitung der Mindestabstände werden Schutzmaßnahmen nach ZTV TKNetz gefordert. Die Kosten sind vom Verursacher zu tragen.
- Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 zu beachten. Es ist sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.
- Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen an vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden. Die Kabelschutzanweisung der Telekom Deutschland GmbH ist zu beachten. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen (plan-auskunft.Mitte@telekom.de).

Wasserschutz

- Zu beachten: Schreiben der Kreisverwaltung Birkenfeld, Abteilung 9 - Untere Wasserbehörde, Abfallbehörde, Bodenschutzbehörde vom 02.02.2026 zur Beseitigung des Niederschlagswassers.

Die Einsicht in die verwendeten technischen Normen und Richtlinien ist im Bauamt der Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein-Rhaunen möglich.